

Im Osten droht extreme Alterung

Studie: 2050 in Brandenburg 90 Prozent Rentner

km. BERLIN, 30. Juni. Die östlichen Bundesländer werden schon bald erheblich mehr Pflegeheime bauen müssen, weil die Alterung der Gesellschaft hier besonders spürbar sein wird. So werden nach Schätzungen des „Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen“ im Jahre 2050 in Brandenburg 90 Prozent der Bewohner über 65 Jahre sein. Der Quotient der Betagten über 85 Jahre wird im Osten etwa 25 Prozent, im Westen Deutschlands im Durchschnitt „nur“ 15 Prozent betragen. Weil zugleich die Zahl der Arbeitskräfte schrumpft, sieht der Rat für die Politik erhebliche Herausforderungen.

„Wir müssen Lösungen finden, damit auch die steigende Zahl älterer Menschen medizinisch gut versorgt werden kann. Die Versorgung muss so ausgerichtet sein, dass die Älteren möglichst lange selbständig bleiben und Lebensqualität behalten“, sagte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) am Dienstag nach der Übergabe eines entsprechenden Gutachtens in Berlin. Die Sachverständigen erwarten, dass die Zahl der Pflegebedürftigen von jetzt 2,3 auf 4,3 Millionen im Jahre 2050 steigt. „Dies verdeutlicht, dass der Pflegesektor auch in Zukunft mit einer erheblichen Dynamik zunimmt“, sagte der Vorsitzende des Rates, Eberhard Wille. Das Gremium empfiehlt vor allem, durch eine verbesserte Prävention und

Gesundheitsförderung die Zeit des „gesunden Alterns“ auszudehnen und die ambulante Versorgung auszuweiten, um den Übergang in ein Pflegeheim möglichst weit hinauszuzögern.

Trotz der 21 000 ambulanten und stationären Einrichtungen, die mit dem Ausbau der Pflegeversicherung inzwischen geschaffen wurden, hat der Rat keine Zweifel daran, dass die Infrastruktur erheblich ausgebaut werden muss. Ein bloßer Ausbau der ambulanten Versorgungsinfra-

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird von jetzt 2,3 auf 4,3 Millionen steigen.

struktur nach dem Motto „Immer mehr des Gleichen“ werde die Probleme nicht lösen, heißt es in dem Gutachten. Die ambulanten Dienste müssten nicht nur ausgeweitet, sondern auch ihr Angebotsprofil müsse ergänzt werden, um die unterschiedlichen Bedürfnisse der Alten zu decken. Diese wollten überwiegend nicht in ein Heim. Der Rat empfiehlt zudem eine Werbekampagne, um den dringend benötigten Nachwuchs in Gesundheitsberufen zu gewinnen. Noch werden die meisten Pflegebedürftigen von Familienangehörigen versorgt.